

Umfrage: Mehrheit der Deutschen fordert ein Mahnmal für Vertriebene und Kriegsflüchtlinge in Berlin

Mehr als drei Viertel der Teilnehmer einer Online-Umfrage von GEO.de bewerten die Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende als Unrecht / Etwa die Hälfte unterstützt Entschädigungsforderungen gegen Polen

Hamburg, 2. November 2004 – Das Thema „Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg“ ist für knapp die Hälfte (49,2 Prozent) der fast 1500 Teilnehmer einer Umfrage von GEO.de, dem Online-Magazin der GEO-Zeitschriftengruppe, längst noch nicht abgehakt: Sie halten die Entschädigungsansprüche, die deutsche Ex-Flüchtlinge gegen Polen juristisch geltend machen wollen, für gerechtfertigt. Im Umkehrschluss lehnen es 85 Prozent der Befragten ab, dass Polen seinerseits Schadenersatz für Kriegsschäden von Deutschland fordern dürfe.

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer (56,8 Prozent) sind der Ansicht, es werde zu wenig über das Unrecht geredet, das den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs widerfahren sei, zum Beispiel bei der Bombardierung und Vertreibung. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich eine verstärkte Präsenz des Themas Flucht und Vertreibung in der Öffentlichkeit. Fast 70 Prozent sind der Meinung, dass dieses historische Kapitel an Schulen und Universität nicht ausreichend behandelt würde. Knapp 65 Prozent wünschen sich in diesem Zusammenhang ein nationales Mahnmal für deutsche Kriegsflüchtlinge in Berlin.

Auf die Aufforderung, dass die Deutschen ihre Verantwortung für die Nazi-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen ernst nehmen müssen, entscheiden sich 52 Prozent der Teilnehmer für die Aussage, dass sich die Deutschen sehr intensiv und verantwortungsvoll mit ihrer jüngsten Geschichte auseinandergesetzt hätten. 49 Prozent der Befragten beklagen allerdings, dass man schnell „als Nazi verdächtig“ würde, wenn man sich zur Vertriebenen-Problematik äußere. Nur 10 Prozent sind der Meinung, man sollte die Vergangenheit ruhen lassen.

Über die Rolle des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) gehen die Meinungen auseinander. Der BdV ist der Dachverband der Landsmannschaften. Darin haben sich die deutschen Kriegsflüchtlinge und ein Teil der Nachgeborenen organisiert. 54 Prozent der Umfrage-Teilnehmer halten den BdV für wichtig, „damit die Erinnerung an die Deutschen im Osten lebendig“ bleibe. Doch ein Drittel kritisiert, der BdV belaste die politischen Beziehungen „vor allem zu den osteuropäischen Ländern, die unter deutscher Besatzung standen“.

Das vollständige Umfrage-Ergebnis finden Sie unter www.geo.de/umfrage-vertreibung

Für Rückfragen:

Maike Pelikan, GEO Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel: 040/3703-2157, Fax: 040/3703-5683, E-Mail: pelikan.maike@geo.de